

FLUCHTaspekte

Albert Scherr / Karin Scherschel

Wer ist ein Flüchtling?

Grundlagen einer Soziologie
der Zwangsmigration

V&R



*FLUCHT*aspekte

Geflüchtete Menschen psychosozial
unterstützen und begleiten

Herausgegeben von

Maximiliane Brandmaier

Barbara Bräutigam

Silke Birgitta Gahleitner

Dorothea Zimmermann

Albert Scherr/Karin Scherschel

Wer ist ein Flüchtling?

Grundlagen einer Soziologie
der Zwangsmigration

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2019, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG,
Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen
bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Nadine Scherer

Satz und Layout: SchwabScantechnik, Göttingen

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 2625-6436

ISBN 978-3-647-40484-4

Inhalt

| | |
|---|----|
| Geleitwort der Reihenherausgeberinnen | 7 |
| 1 Vorbemerkungen | 11 |
| 2 Soziologie der Zwangsmigration und Flucht: Konturen eines Forschungsfeldes | 18 |
| 2.1 Institutionelle Konturen des Forschungsfeldes | 23 |
| 2.2 Konzeptionelle Ausgangspunkte der Soziologie von Flucht und Zwangsmigration | 26 |
| 2.3 Soziale Zwänge und Migrationssysteme ... | 34 |
| 2.4 Zwangsmigration: ein umstrittenes, aber unverzichtbares Konzept | 38 |
| 3 Globalisierung und Zwangsmigration | 46 |
| 3.1 Fluchtmigrationen im Spannungsfeld globaler Dynamiken und nationaler Partikularinteressen | 49 |
| 3.2 Citizenship und gewöhnlicher Nationalismus | 54 |
| 3.3 Ökonomie der Migration und Grenzregime | 59 |
| 4 Wer gilt als Flüchtling? | 64 |
| 4.1 Gegenwärtige Fluchtdynamiken | 65 |
| 4.2 Der Flüchtlingsbegriff: eine politische Kategorie | 68 |
| 4.3 Die Selektivität des Flüchtlingsbegriffs ... | 73 |
| 4.4 Selektivität im Asylverfahren | 75 |

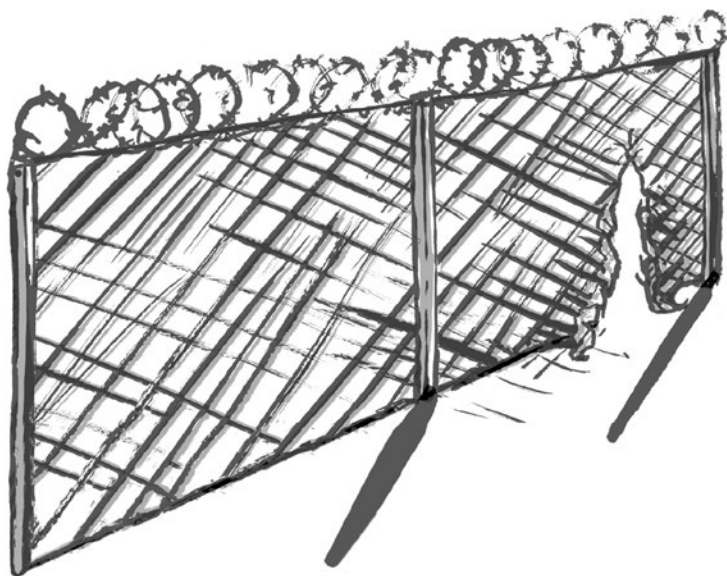
| | |
|--|----|
| 5 Zwangsmigration und Flucht als Konfliktfeld: Abwehr, Solidarität und Proteste von Migrant*innen | 79 |
| 5.1 Menschenrechtliche Moral und gewöhnlicher Nationalismus | 80 |
| 5.2 Bevölkerungseinstellungen und zivilgesellschaftliche Solidarisierung | 84 |
| 5.3 Acts of Citizenship – Kämpfe um Rechte | 87 |
| 5.4 Solidarität und Aktivismus: Urban Citizenship und Sanctuary Cities ... | 90 |
| 5.5 Eine abschließende Bemerkung | 96 |
| Literatur | 98 |

Geleitwort der Reihenherausgeberinnen

»Denn alles hängt davon ab, wer überhaupt als Mitmensch gilt ...« – die Soziolog*innen Albert Scherr und Karin Scherschel zitieren in ihren grundlegenden Ausführungen zu einer Soziologie der Zwangsmigration den amerikanischen Philosophen Richard Rorty und lassen keinen Zweifel daran, dass sich bei aller Differenzierung und Abwägung unterschiedlicher Positionen das Spannungsverhältnis zwischen einer auf universalen Menschenrechten basierenden Haltung und nationalstaatlichen Interessen wohl momentan nicht auflösen lassen wird. Das Buch beginnt nach einführenden Vorbemerkungen und einem Gesamtüberblick mit einer Konturierung des Forschungsfeldes, in der die Autor*innen, die beide Mitglieder sowohl des DFG-Netzwerks »Grundlagen der Flüchtlingsforschung« waren, als auch des multi-disziplinären Netzwerks Fluchtforschung sind, eindrücklich darlegen, dass die soziologische Forschung nach wie vor überwiegend Nationalstaaten oder Nationalgesellschaften als ihre grundlegenden Analyseeinheiten betrachtet. Der Terminus der Zwangsmigration wird als umstrittenes Konstrukt beschrieben, das dennoch unverzichtbar ist, wenn grundlegende Menschenrechte im Heimatland nicht gewährleistet sind. Im dritten Kapitel werden Fluchtmigrationen im Spannungsfeld globaler Dynamiken und nationaler Partikularinteressen sowie der Begriff der »Citizenship« erläutert; dabei wird insbesondere die enge Verquickung zwischen Migrationsprozessen und der Entwicklung eines modernen, globalisierten Kapitalismus herausgearbeitet. Schließlich widmen sich Albert Scherr und

Karin Scherschel ihrer Kernfrage: Wer ist ein Flüchtling? Bei der Beantwortung dieser Frage wird deutlich, dass zum einen nach der Genfer Flüchtlingskonvention und anderen völkerrechtlichen Konventionen an einem sehr begrenzten Flüchtlingsbegriff festgehalten wird, der einen großen Teil globaler Zwangsmigrant*innen ausschließt, und zum anderen die Anerkennung des Flüchtlingsstatus nicht nach einheitlichen, transparenten juristischen, sondern nach politisch motivierten Kriterien vonstattengeht. Abschließend umreißen die Autor*innen »Zwangsmigration und Flucht als ein gesellschaftspolitisches Konfliktfeld, das dadurch gekennzeichnet ist, dass die Frage, wer ein Recht auf Aufnahme und Schutz haben soll, Gegenstand gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen ist« (S. 79). Albert Scherr und Karin Scherschel haben mit dem vorliegenden Band eine klare und sehr eindringliche Analyse erstellt, wie wir uns individuell und als Gesellschaft mit den beschriebenen Spannungsfeldern auseinandersetzen und dass wir uns in ihnen positionieren müssen. Wir wünschen Ihnen viel Freude bei dieser aufschlussreichen Lektüre!

Barbara Bräutigam
Maximiliane Brandmaier
Dorothea Zimmermann
Silke Birgitta Gahleitner



1 Vorbemerkungen

Die Aufnahme und Integration, aber zunehmend auch die Abschreckung und Abwehr von Flüchtlingen sind seit einigen Jahren zentrale Themen der internationalen, europäischen und auch der deutschen Politik. Zunehmend dominant ist dabei in den Ländern des globalen Nordens eine Sichtweise, die unkontrollierte Einwanderung als Bedrohung, nicht zuletzt als Gefährdung von Wohlstand und Sicherheit in den Blick rückt. In der Folge werden die Erfordernisse und Möglichkeiten der Steuerung und Begrenzung durch Grenzsicherung, rechtliche Verschärfungen und die Steigerung der Zahl der erzwungenen Ausreisen akzentuiert. Gleichzeitig wird jedoch ökonomisch auf die Notwendigkeit von weiterer Arbeitskräftemigration hingewiesen, die durch politische Maßnahmen angeregt und reguliert werden soll.

Eine Politik, die im Kern auf die bedarfsorientierte Anwerbung von Arbeitsmigrant*innen bei gleichzeitiger Verhinderung unerwünschter Migration zielt, provoziert Kritik. Dabei wird normativ, vor allem in einer menschenrechtlichen Perspektive, argumentiert, dass es unzulässig sei, Menschen an Aus- und Einwanderung zu hindern, die sich aus unterschiedlichen Gründen – wie Bedrohung durch Kriege und Bürgerkriege, politische Verfolgung, aber auch Armut und Perspektivlosigkeit – gezwungen sehen, ihr Herkunftsland zu verlassen. Die Frage nach dem angemessenen und zulässigen Umgang mit Zwangsmigrant*innen und Flüchtlingen ist dabei eingebettet in eine generelle gesellschaftliche Auseinandersetzung über die Vor- und Nachteile von Globalisierungsdyna-

miken sowie die Bedeutung von Menschenrechten für das Selbstverständnis nationalstaatlich verfasster Gesellschaften. Debatten über Migration sind dabei vielfach durch Vereinfachungen, Stereotype und Emotionalisierung geprägt. Sie sind ein diskursiver Schauplatz, an dem Ängste vor den vermeintlichen oder tatsächlichen Gefahren einer zentral durch ökonomische Motive angetriebenen Globalisierungsdynamik projektiv artikuliert werden. Darauf hat insbesondere Zygmunt Bauman (1998, 2005, 2008) wiederkehrend hingewiesen:

»Flüchtlinge und Einwanderer, die von ›weit her‹ kommen, sich jedoch in der Nachbarschaft niederlassen wollen, eignen sich vorzüglich für die Rolle der Strohpuppe, die als Symbol für das Schreckensgespenst der ›globalen Marktkräfte‹ verbrannt wird [...]« (Bauman, 2005, S. 94).

In diesem Buch soll es dezidiert nicht darum gehen, unsere politischen und normativen Positionen in diesem Konfliktfeld darzulegen und zu begründen. Vielmehr ist die Zielsetzung dieser Veröffentlichung, Grundlagen einer soziologischen Betrachtung von Zwangsmigration und Flucht darzustellen. D. h.: Es geht hier darum, gesellschaftliche Bedingungen in den Blick zu nehmen, die zu Flucht und Zwangsmigration führen, sowie die gesellschaftlichen Verhältnisse zu analysieren, in denen sich diese vollziehen und die den Rahmen bilden, in dem die darauf bezogenen politischen Auseinandersetzungen situiert sind. Normative Bewertungen und Forderungen, die diesbezüglich von unterschiedlichen Akteur*innen vorgenommen werden, sind in dieser Perspektive ein Gegenstand unserer soziologischen Analyse.

Im Sinne einer ersten Annäherung an die Thematik lässt sich feststellen: Migration war und ist immer schon ein Bestandteil der historischen und gegenwärtigen Dynamiken, die unter dem Begriff Globalisierung zusammengefasst werden. Dies betrifft unterschiedliche Formen wie

u. a. die Migration im Kontext der Kolonialisierung außereuropäischer Länder, die Vertreibung von Minderheiten, die Flucht vor Kriegen und Bürgerkriegen sowie vor politischer Verfolgung, den Menschenhandel mit männlichen und weiblichen Arbeitssklaven sowie Zwangsprostituiererten und nicht zuletzt auch aus ökonomischen Gründen herbeigeführte Arbeitskräftemigration. Potenzielle Zielländer unterscheiden dabei zwischen mehr oder weniger erwünschten oder unerwünschten Formen der Zuwanderung, insbesondere aus wirtschaftlichen und politischen Gründen. Mit dieser Differenzierung korrespondieren politische Versuche der Migrationssteuerung durch Anreize oder Restriktionen.

Fragt man nach den Ursachen und Gründen von Migration, dann wird in einem durchaus instruktiven und einflussreichen – aber allzu vereinfachenden – Denkmodell zwischen unterschiedlichen Push- und Pull-Faktoren (Druck- und Sog-Faktoren) und im Zusammenhang damit zwischen einer mehr oder weniger freiwilligen oder erzwungenen Migration unterschieden. Dies geht mit der Annahme einher, dass durch starke Push-Faktoren bedingte Zwangsmigration weiter zunehmen wird, da es global sehr viele Menschen gibt, die aufgrund der gravierenden Unterschiede der Lebensbedingungen zwischen den Staaten und Regionen der Weltgesellschaft veranlasst sind, ihre Lebensbedingungen durch Migration zu verbessern. In den einschlägigen öffentlichen Debatten, die in dramatisierender Weise kommende »Zuwanderungswellen« als eine Bedrohung darstellen, wird jedoch immer wieder übersehen, dass die Möglichkeit der Migration keineswegs für alle erreichbar ist, die gute Gründe hätten, ihr Herkunftsland zu verlassen: Migration, und dies gilt in besonderer Weise für interkontinentale Migration, ist voraussetzungsvoll; sie erfordert nicht zuletzt ökonomische Ressourcen, Ablösungsprozesse aus den bisherigen

Lebenszusammenhängen und eine erhebliche Handlungsfähigkeit der Migrant*innen in Bezug auf den Migrationsprozess und die Neuorientierung im Zielland. Soziologisch ist also nicht nur zu klären, was mögliche Ursachen und Gründe von Zwangsmigration und Flucht sind, sondern auch, unter welchen Bedingungen Menschen in der Lage und daran interessiert sind, diese Option zu realisieren.

Noch vor jeder genaueren Betrachtung ist deshalb festzustellen, dass neben den Ungleichheiten der Lebensbedingungen (insbesondere Unterschiede der ökonomischen und ökologischen Situation, der politischen Ordnung und der Rechtsordnung) auch die Mobilitätschancen (u. a. Vorhandensein und Kosten von Transportmitteln) die Entstehung und den Verlauf von Migrationsbewegungen beeinflussen. So sind beispielsweise durch die Ausweitung des Flugverkehrs erhebliche Mobilitäts erleichterungen geschaffen worden; genau aus diesem Grund sind aber die Flughäfen auch Orte einer rigiden Kontrolle, durch die als illegal etikettierte Migration verhindert werden soll. Dass etwa in einem Land wie Kanada nur so wenige Zwangsmigrant*innen ankommen, ist auch dadurch bedingt, dass die Seewege dorthin erheblich schwerer zu bewältigen sind als das Mittelmeer und zugleich der Landweg voraussetzt, die USA zu durchqueren, ohne dabei von den Migrationsbehörden aufgegriffen zu werden.

Im vorliegenden Zusammenhang sind auch die normativen und rechtlichen Dimensionen von Migration von entscheidender Bedeutung: Seit der Ernennung eines Hohen Kommissars für Flüchtlinge durch den Völkerbund 1921, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) 1948 und der Verabschiedung der Konvention über den internationalen Status der Flüchtlinge 1951 hat die Überzeugung international an Einfluss gewonnen, dass Staaten nicht berechtigt sind, allein auf der Grundlage eigener ökonomischer und politischer Interessen über die Aufnahme

oder Ablehnung von Migrant*innen zu entscheiden. Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte deklariert das Recht, »in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen« (AEMR Art. 14, Abs. 1), was jedoch keine einklagbaren individuellen Rechtsansprüche begründet. Mit der Genfer Flüchtlingskonvention wurde völkerrechtlich ein darüber hinausgehender Anspruch auf Aufnahme und Schutz für diejenigen verankert, die als Flüchtlinge gelten. Auf die einschlägigen rechtlichen Regelungen und darauf, was als Verfolgung oder verfolgungsgleicher Tatbestand gilt, werden wir in Kapitel 4 eingehen. Entscheidend ist hier zunächst nur, dass damit eine normative Begrenzung staatlicher Souveränität eingefordert und zum Teil auch in rechtlich einklagbarer Weise verankert wird. Dies ist folgenreich: Wie zwischen Asylsuchenden und Flüchtlingen einerseits, sonstigen Migrant*innen andererseits unterschieden wird, ist deshalb von erheblicher gesellschaftspolitischer Bedeutung. Denn diejenigen, die als Asylsuchende oder Flüchtlinge betrachtet werden, können ein Recht beanspruchen, nicht nur ihr Herkunftsland zu verlassen, sondern auch in anderen Staaten Aufnahme und Schutz zu beantragen.

Für die Soziologie der Flucht- und Zwangsmigration ist es von entscheidender Wichtigkeit, analytische Distanz zu solchen gesellschaftlichen Festlegungen einzunehmen. Soziologie kann die geltenden politischen und rechtlichen Klassifikationen der eigenen Forschung nicht als unhinterfragbare Ausgangspunkte zugrunde legen, sondern muss diese als voraussetzungsvolle und folgenreiche gesellschaftliche Festlegungen in den Blick nehmen. Definitionen der Asylpolitik und des Flüchtlingsbegriffs sind wirkungsmächtige soziale Tatsachen, deren Entstehung, Funktionen und deren soziale, politische sowie ökonomische Konsequenzen soziologisch zu analysieren sind. Deshalb genügt es nicht, allein die gesellschaftlichen Ursachen,

Regulierungen und Folgen von Migrationsbewegungen zu betrachten. Vielmehr ist es klärungsbedürftig, warum und wie zwischen sogenannter freiwilliger Migration sowie Flucht und Zwangsmigration unterschieden wird und welche Auswirkungen diese migrationspolitischen Selektionen haben. Wir nehmen in diesem Buch deshalb die Perspektive einer reflexiven Soziologie ein, die gesellschaftlich wirkungsmächtige Klassifikationen nicht als gegebene Tatsachen voraussetzt, sondern als ein soziologisch erklärungsbedürftiges Phänomen versteht.

Zum Aufbau des Buches: Wir betrachten zunächst im zweiten Kapitel die Entwicklung der Forschungsfelder Flucht- und Zwangsmigration und ordnen diese in den Kontext der Migrationsforschung ein. Daran anschließend skizzieren wir im dritten Kapitel zentrale Aspekte einer gesellschaftstheoretischen Betrachtung, die Zwangsmigration im Kontext globaler Ungleichheiten diskutiert. Vor diesem Hintergrund wird im vierten Kapitel näher darauf eingegangen, was die Flüchtlingskategorie als politisch und rechtlich folgenreiche Festlegung kennzeichnet. Auf dieser Grundlage nehmen wir dann im fünften Kapitel Flucht als gesellschaftspolitisches Konfliktfeld in den Blick und befassen uns mit den Abwehrhaltungen und Solidaritätsbewegungen im Kontext von Flucht und Zwangsmigration.

Zur Terminologie: Wir verwenden den Begriff Zwangsmigration im Folgenden als eine übergreifende Kategorie, die Fluchtmigration als einen spezifischen Fall einschließt. Unter welchen Bedingungen Zwangsmigrant*innen veranlasst sind, sich selbst als Flüchtlinge zu bezeichnen, und unter welchen Voraussetzungen sie eine Chance haben, politisch und rechtlich als Flüchtlinge anerkannt zu werden, wird im vierten Kapitel dargestellt.

Diese Veröffentlichung ist als ein Grundlagentext konzipiert, dessen Lektüre keine fundierten Vorkenntnisse

der Migrationssoziologie und der Flüchtlingsforschung voraussetzt. Wir stellen ausgewählte theoretische Modelle, analytische Konzepte und Ergebnisse der empirischen Forschung in der Absicht dar, damit zur Versachlichung einer Debatte beizutragen, in der Ängste und Bedrohungsszenarien allzu einflussreich sind und politische Ideologien sowie moralische Positionierungen wiederkehrend an die Stelle einer informierten und differenzierten Betrachtung der Wirklichkeit globaler Migrationsdynamiken treten.

2 Soziologie der Zwangsmigration und Flucht: Konturen eines Forschungsfeldes

Bereits bei den Klassikern der Soziologie wird Arbeitskräftemigration als ein Bestandteil der Etablierung des industriellen Kapitalismus thematisiert, und erste Projekte der soziologischen Migrationsforschung wurden früh in der Chicago School der 1920er Jahre realisiert (s. Aigner, 2017; Treibel, 2011). Die Migrationssoziologie hat sich seit den 1970er Jahren als anerkannter Teilbereich soziologischer Forschung etabliert. Eine eigenständige sozialwissenschaftliche Forschung über Flucht und Zwangsmigration hat sich dagegen erst ab den 1980er Jahren entwickelt. Der sozialwissenschaftliche Blick auf Migration in der Entstehungsphase der Soziologie umfasst zwar durchaus auch ein Wissen über die Bedeutung des Sklav*innenhandels, also einer extremen Form von Zwangsmigration. So wird z. B. bei Marx (1890/1970, S. 777 ff.) auf die große Bedeutung des Handelns mit Sklav*innen für die Entstehung des industriellen Kapitalismus und »die Verwandlung von Afrika in ein Geheg zur Handelsjagd« auf Sklav*innen hingewiesen. Die Bedeutung unterschiedlicher durch ökonomische Not, Kriege und politische Zwangsmaßnahmen ausgelöster Formen der Migration für die Entstehung und Entwicklung moderner Gesellschaften wurde in der Soziologie des 20. Jahrhunderts jedoch weitgehend vernachlässigt.¹

1 Für einen informativen Überblick zur Geschichte der Migration siehe Bacci (2015); eine umfassende Darstellung der deutschen Aus- und Einwanderungsgeschichte seit dem 17. Jahrhundert liegt bei Oltmer (2016a) vor.

Dies ist zweifellos eine Folge davon, dass die Soziologie ihr Interesse vor allem auf Entwicklungen innerhalb der Nationalgesellschaften des globalen Nordens gerichtet hat sowie überwiegend von der fortschrittsoptimistischen Vorstellung beeinflusst war, dass Zwangs- und Gewaltverhältnisse wie Menschenhandel und Vertreibung im Prozess der Modernisierung an Bedeutung verlieren würden, es sich also eher um historische Phänomene als um Kennzeichen der Gegenwartsgesellschaft handelte.² Infolgedessen war und ist das zentrale Interesse der Migrationssoziologie auf die Betrachtung der Folgen von Arbeitsmigration in den jeweiligen Aufnahmegesellschaften gerichtet. Dementsprechend setzen sich die Autoren der klassischen Studien der Chicago School (s. etwa Znaniecki u. Thomas, 1928/1984) insbesondere mit den Schwierigkeiten von Integrationsprozessen der unterschiedlichen Einwanderungsgruppen sowie den Abwehrhaltungen der ansässigen Bevölkerung auseinander. In der deutschen Migrationssoziologie waren seit den 1960er Jahren die Möglichkeiten und Erfordernisse der Integration von Arbeitsmigrant*innen und die Analyse ihrer Benachteiligungen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt zentrale Themen. Zudem wurden im angelsächsischen und auch im deutschen Kontext gesellschaftliche Folgen von Einwanderung in den Debatten über Multikulturalismus und Ethnizität thematisiert (s. dazu Bommers, 2011; Treibel, 2011; Müller u. Zifonun, 2010).

Nicht nur im Alltagsdenken, auch in der Soziologie ist zudem immer noch ein Verständnis von Gesellschaften als nationale, mehr oder weniger stark abgeschlossene Gebilde (quasi als Container) einflussreich, das National-

2 Für eine Kritik des Eurozentrismus der Soziologie und zu den Perspektiven einer post-kolonialen Soziologie siehe Gutiérrez Rodríguez, Boatcă und Costa (2010).

staaten bzw. Nationalgesellschaften als grundlegende Analyseeinheiten betrachtet (vgl. Stepputat u. Nyberg Sørensen, 2014, S. 88). Dieser »methodologische Nationalismus« (Wimmer u. Glick Schiller, 2003) kann dazu führen, dass Migration als ein Phänomen von nachrangiger Bedeutung betrachtet wird, wenn die Grenzen des Nationalstaates als Gesellschaftsgrenzen missverstanden werden und »die Erforschung sozialer Prozesse auf die politischen und geografischen Grenzen eines bestimmten Nationalstaates beschränkt« bleibt (Wimmer u. Glick Schiller, 2003, S. 578; hier wie im Weiteren wurden alle im Original englischsprachigen Zitate von uns ins Deutsche übersetzt).³

Die allmähliche Etablierung des Forschungsfeldes Flucht und Zwangsmigration ab den 1980er Jahren steht in Zusammenhang mit der Zunahme transkontinentaler Migrationsbewegungen in die Länder des globalen Nordens nach dem Zweiten Weltkrieg im Kontext der Dekolonialisierung im globalen Süden und des Scheiterns der Programmatik einer nachholenden Entwicklung, von der erwartet worden war, dass sie zu einer weltweiten Angleichung von Lebensstandards führen würde. Die positive wirtschaftliche Entwicklung hatte u. a. in Deutschland, Großbritannien und den USA dazu geführt, dass diese Länder in der Nachkriegszeit zu Zielorten einer um-

3 Auf die Bedeutung eines solchen Perspektivwechsels auch für die Forschung über Flucht und Zwangsmigration ist in der einschlägigen Fachdiskussion nachdrücklich hingewiesen worden: »Die neue konzeptionelle Sichtweise des ›Transnationalismus‹, die sich auf transnationale Ströme, Netzwerke, Beziehungen, verschiedene Formen des Kapitals und soziale Felder bezieht, stellt den bedeutendsten Bruch mit der soziologischen Tradition dar, die ansonsten untrennbar mit dem verstaatlichten ›Containermodell‹ der Gesellschaft (Giddens, 1995) und dem allgegenwärtigen ›methodologischen Nationalismus‹ (Wimmer u. Glick Schiller, 2002) in der Sozialwissenschaft verbunden war« (Stepputat u. Nyberg Sørensen, 2014, S. 88).

fangreichen Arbeitskräftemigration geworden waren. Für Europa bedeutet dies einen »historische[n] Rollenwechsel vom Exporteur zum Importeur von Humanressourcen« (Bacci, 2015, S. 88), mit dem in Deutschland eine weitgehende Verdrängung der eigenen Auswanderungsgeschichte aus dem kollektiven Gedächtnis einhergeht. Die dadurch entstandenen Migrationsdynamiken führten seit den 1970er Jahren in Zusammenhang mit einer restriktiveren Einwanderungspolitik sowie politischen und wirtschaftlichen Krisen in den Herkunftsländern auch dazu, dass die Zahl der sogenannten illegalen Einwanderer*innen und Flüchtlinge zunahm, zunächst vor allem in den USA (s. Oltmer, 2017, S. 161 ff.). Dies veranlasste politische Kontroversen, die auch als Impulssetzungen für wissenschaftliche Forschung wirksam wurden. Auch die Weiterentwicklung des internationalen Flüchtlingsrechts seit den 1960er Jahren und der Ausbau der internationalen Organisationen des Flüchtlingsschutzes trugen dazu bei, dass Zwangsmigration und Flucht in der internationalen Forschung zunehmend Beachtung fanden. Einige Autor*innen problematisierten diesbezüglich die zunächst allzu enge Verbindung der wissenschaftlichen Forschung mit den Institutionen des Flüchtlingsschutzes (Malkki, 1995; Black, 2001). Diese führe zu einer Orientierung an politischen Fragestellungen und erschwere damit die Entwicklung einer theoriegeleiteten, an genuin wissenschaftlichen Fragestellungen ausgerichteten Forschung.

In Deutschland kamen in der Ära nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst nur Flüchtlinge aus den Staaten des Warschauer Paktes an, so 1956 Flüchtlinge aus Ungarn, dann 1968 aus der Tschechoslowakei. Deren Aufnahme erfüllte »eine politisch-ideologische Legitimationsfunktion: Ost-West-Flüchtlinge waren willkommene Überläufer im Wettstreit der Systeme, lieferten sie doch, durch Abstimmung mit den Füßen, unübersehbare Nachweise

für die Anziehungskraft des Westens« (Bade u. Oltmer, 2004, S. 83). Die Fluchtursachen schienen offenkundig zu sein, weshalb kein Bedarf für eine Forschung über die Ursachen dieser Fluchtdynamik gesehen wurde. Die erste transkontinentale Flüchtlingsbewegung nach Deutschland war dann ab 1973 die Zuwanderung von Flüchtlingen aus Chile in Reaktion auf die Errichtung einer Diktatur durch einen Militärputsch. Ende der 1970er Jahre erfolgte eine Aufnahme vietnamesischer Flüchtlinge, sogenannter Boatpeople. Noch die Fluchtbewegungen im Rahmen der Auflösungskriege des ehemaligen Jugoslawien Anfang der 1990er Jahre wurden als ein zeitlich begrenztes Phänomen diskutiert und führten auch in den Sozialwissenschaften nicht zu der Überzeugung, dass es sich bei Flucht und Zwangsmigration um ein Phänomen handelt, dessen Bedeutung den Ausbau einer darauf ausgerichteten Forschung erfordert. Dies hat sich erst mit der sogenannten Flüchtlingskrise nach 2014 und nicht zuletzt der dadurch verstärkten Furcht vor einer künftigen massenhaften Armutsmigration aus Afrika geändert. Eine wichtige Rolle spielen dabei demografische Berechnungen zum Bevölkerungswachstum im subsaharischen Afrika (s. etwa Baar, 2018), in deren medialer und politischer Rezeption oft ausgeblendet bleibt, dass Migration voraussetzungs- voll ist und erwartbare Migrationsdynamiken sich überwiegend innerhalb des afrikanischen Kontinents vollziehen werden.⁴

4 Das Forschungsnetzwerk Afrobarometer hat hierzu unlängst Ergebnisse einer umfangreichen Befragung zur Zahl der potenziellen Migrant*innen aus unterschiedlichen afrikanischen Ländern vorgelegt; dabei zeigt sich u. a., dass ca. 3 % der Befragten aktuell Vorbereitungen für eine Migration treffen und dass der relativ größte Anteil derjenigen, die eine Auswanderung erwägen, eine Migration innerhalb Afrikas anstrebt (Appiah-Nyamekye Sanny, Logan u. Gyimah-Boadi, 2019, S. 3).

2.1 Institutionelle Konturen des Forschungsfeldes

Inzwischen handelt es sich bei der Flüchtlingsforschung um ein etabliertes interdisziplinäres Forschungsfeld, für das heterogene disziplinäre Perspektiven (insbesondere Ethnologie, Geschichtswissenschaft, Ökonomie, Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft, Soziologie) relevant sind und das durch unterschiedliche nationalgesellschaftliche Sichtweisen gekennzeichnet ist. Institutionelle Orte dieser Forschung sind u. a. das Centre for Refugee Studies an der Universität Oxford, das Ryerson Centre for Immigration and Settlement (RCIS) an der Universität Toronto sowie die von der International Association for the Study of Forced Migration (IASFM) seit 1995 organisierten Bemühungen um eine globale Koordinierung der Flüchtlingsforschung (s. Kleist, 2015, S. 157). Ein fundierter Überblick zur Entwicklung und zum Stand der interdisziplinären Forschung liegt im Oxford Handbook of Refugee & Forced Migration Studies vor (Fiddian-Qasmiyeh, Loescher, Long u. Sigona, 2014). Wichtige Forschungsergebnisse werden kontinuierlich in Fachzeitschriften wie »Disasters«, »Journal of Refugee Studies« sowie »Refuge: Canada's Journal on Refugees« publiziert.

Im deutschsprachigen Kontext war Flüchtlingsforschung zwar immer auch ein, jedoch recht kleiner, Teilbereich einer Migrationsforschung (s. Treibel, 2011). Anstrengungen zur Profilierung und Etablierung eines eigenständigen Forschungsfeldes sind erst seit den 2010er Jahren zu verzeichnen. Ein Ausgangspunkt dafür war 2013 die Gründung eines interdisziplinären Forschungsnetzwerkes »Grundlagen der Flüchtlingsforschung«, aus dem heraus inzwischen ein umfangreicher Forschungsverbund »Netzwerk Fluchtforschung« entstanden ist (s. <https://fluechtlingsforschung.net>). Die Fluchtbewegungen nach

Deutschland seit Mitte der 2010er Jahre waren auch von zentraler Bedeutung für eine Wissenschaftspolitik, die inzwischen zur Etablierung des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM; www.dezim-institut.de) sowie des Interdisziplinären Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (www.inzentim.de) geführt hat. Mit dem Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (<http://kritnet.org>) hat sich zudem eine Forschungsk Kooperation entwickelt, die durch eine deutliche Nähe zu zivilgesellschaftlichem flüchtlingspolitischem Aktivismus gekennzeichnet ist.

Vor dieser wissenschaftspolitischen Entwicklung existierten zwar in unterschiedlichen Disziplinen, auch in der Soziologie, durchaus einzelne Studien und Beiträge zur Thematik, die allerdings überwiegend weder in Politik und Öffentlichkeit noch im wissenschaftlichen Diskurs breitere Beachtung fanden.⁵

Im Rahmen der Etablierung einer eigenständigen Flüchtlingsforschung sind in jüngerer Zeit zahlreiche interdisziplinär ausgerichtete Sammelbände veröffentlicht worden (s. etwa Arslan u. Bozay, 2019; Ghaderi u. Eppenstein, 2017; Kersting u. Leuoth, 2019; Scherr u. Yüksel, 2016; Schmid Noerr u. Meints-Stender, 2017). Mit der erstmals 2018 erschienenen »Zeitschrift für Flüchtlings-

5 Eine Studie, die etwas breitere Resonanz erzielte, ist z. B. Tobias Piepers zuerst 2008 veröffentlichte Analyse zur »Mikrophysik der Herrschaft in der deutschen Flüchtlingspolitik« (Pieper, 2013). Als wichtige Beiträge können u. a. auch Katharina Inhetveens Untersuchung »Die politische Ordnung des Flüchtlingslagers« (Inhetveen, 2010b) und Thomas Scheffers Publikation »Asylgewährung. Eine ethnographische Analyse des deutschen Asylverfahrens« (Scheffer, 2001) genannt werden. Insbesondere am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück ist die Flüchtlingsforschung zudem seit Langem Bestandteil der Migrationsforschung, vor allem hinsichtlich der historischen Studien.

forschung« (www.zflucht.nomos.de) existiert nunmehr auch ein einschlägiges deutschsprachiges interdisziplinäres Journal. Zudem ist seit 2015 auch eine enorme Zunahme der Zahl der Forschungsprojekte zu beobachten. 2012 wurden knapp zwanzig Forschungsprojekte, 2016 dann über 170 Projekte erfasst (Kleist, 2018).⁶

Die Diagnose einer »tiefe[n] Imprägnierung der Migrationsforschung durch ihre Einbettung in [den] jeweiligen Nationalstaaten« (Bommes, 2011, S. 35) und der Anlehnung der Forschung an Konturen und Konjunkturen nationalstaatlicher Politik scheint sich jedoch auch im Fall der Forschung über Flucht und Zwangsmigration zu bestätigen: Knapp vier Fünftel aller Projekte der deutschen Flucht- und Flüchtlingsforschung befassen sich mit Fluchtdynamiken nach Westeuropa, obgleich 85 % aller Flüchtlinge in Ländern des globalen Südens leben (Kleist, 2018).

Obwohl die Forschung zu Flucht und Zwangsmigration auch in der Soziologie an Bedeutung gewonnen hat, kann in Deutschland unseres Erachtens (noch) nicht von einer disziplinär anerkannten und institutionalisierten soziologischen Fluchtforschung ausgegangen werden. Zweifellos ist jedoch eine Zunahme soziologischer Analysen zu beobachten, die sich mit dieser Thematik aus sehr unterschiedlichen Perspektiven befassen (s. etwa Inhetveen, 2010a,

6 Um einen ersten Überblick über die vielfältigen Forschungsaktivitäten zu gewinnen, bietet sich ein Blick auf die oben genannten Internetseiten des Forschungsverbands »Netzwerk Fluchtforschung« und des Netzwerks Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung an. Auch im Rahmen des BMBF-Verbundprojektes »Flucht: Forschung und Transfer« (<https://flucht-forschung-transfer.de>) wurden eine ganze Reihe an Daten zu Anzahl, Themen und Umfang der Projekte erhoben. Eine interaktive Forschungslandkarte bildet dort die aktuelle Forschungslandschaft zum Thema Flucht ab (s. Verbundprojekt Flucht, 2019).